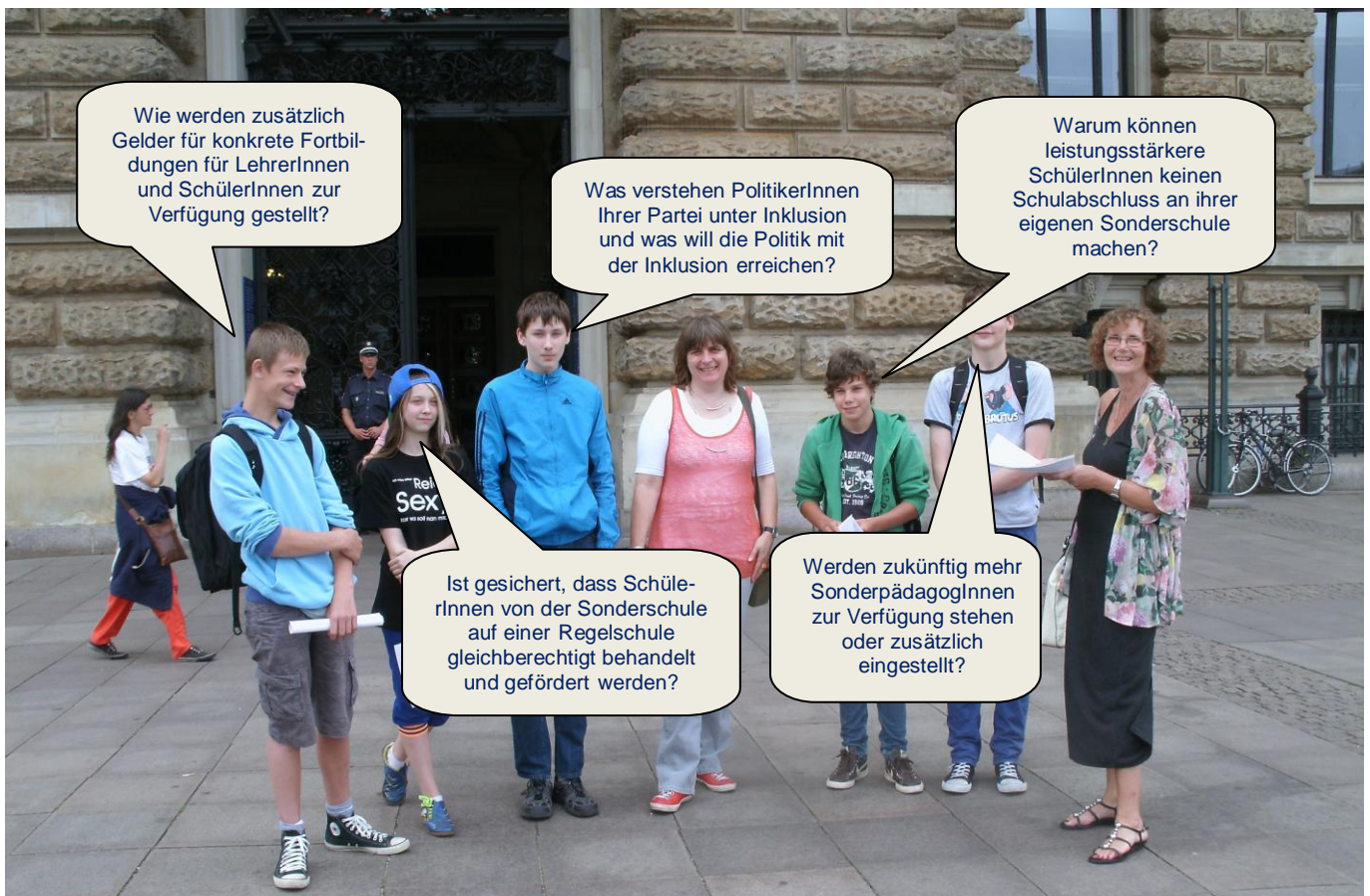


„Wir haben da ‘mal eine Frage“

Hamburger SchülerInnen des KreisschülerInnenrats Sonderschulen befragen Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete

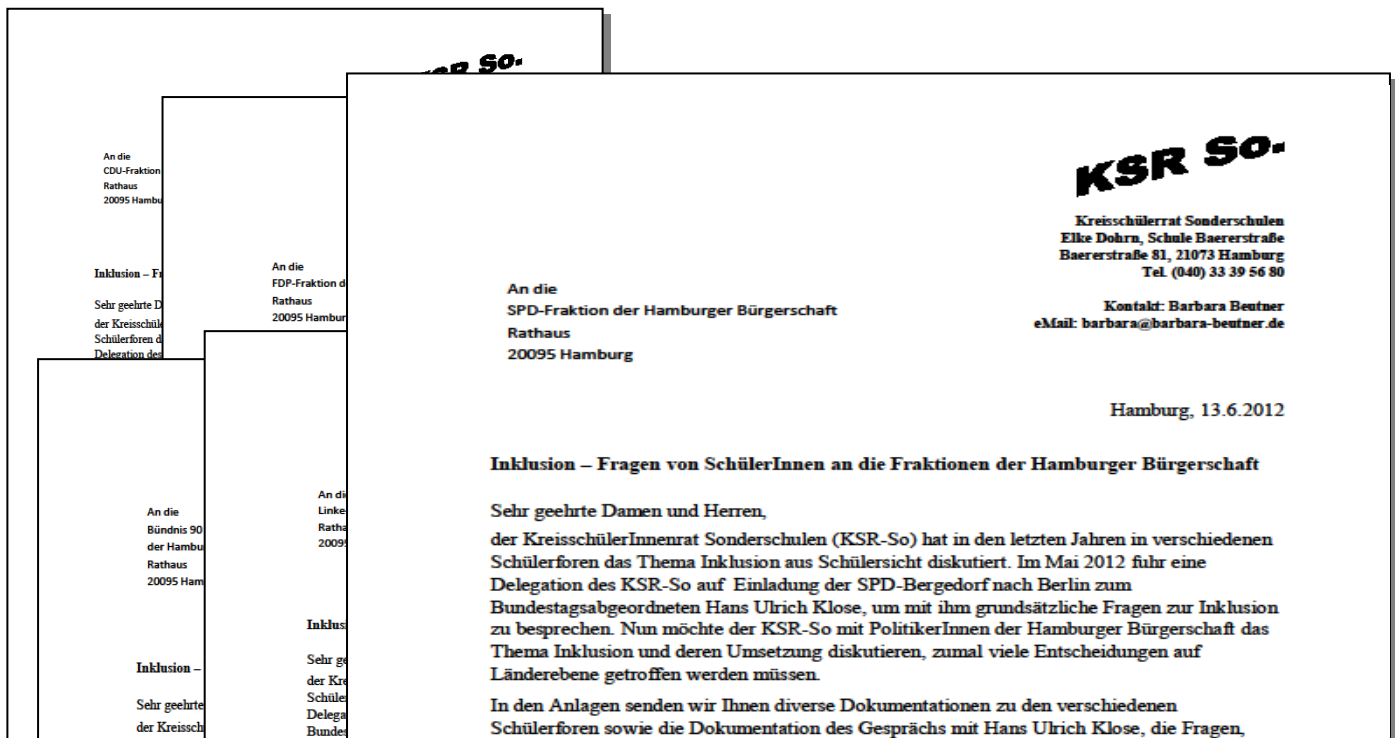
Dokumentation



Nachdem SchülerInnen des KreisschülerInnenrats Sonderschulen (KSR-So) im Mai 2012 in Berlin dem Bundestagsabgeordneten Hans-Ulrich Klose ihre vorab im KSR-So formulierten und diskutierten Fragen zur Umsetzung der Inklusion gestellt haben (Dokumentation: www.ksr-so.de), wurden nach den Sommerferien Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete befragt, um die politischen Festlegungen für die konkrete Umsetzung der Inklusion an Hamburger Schulen besser verstehen zu können. Auf die Briefe an die jeweiligen Fraktionen mit dem Wunsch um ein Gespräch, haben nur drei Parteien geantwortet.

In dieser Dokumentation sind die Fragen der KSR-So-SchülerInnen und die Antworten der Fraktionen der **Grünen**, der **SPD** und der **FDP** abgedruckt. Viel Spaß beim Lesen!

Der KSR-So



Wir haben da 'mal eine Frage?

Marcel: Was verstehen PolitikerInnen Ihrer Partei unter Inklusion und was will die Politik mit der Inklusion erreichen?

Die Grünen Hamburg wollen eine Schule und eine Gesellschaft für Alle ohne jegliche Ausgrenzung. Alle Menschen sollen gemeinsam leben und gemeinsam aktiv sein und das Recht haben, auf die Schule zu gehen, auf die sie gehen wollen.

SPD: Inklusion meint die Beschulung von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen. Sie ist eine Aufgabe, die ALLE angeht. Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der Behinderte und Nicht-Behinderte gleichberechtigt gemeinsam leben und behinderte uneingeschränkte Teilhabe ausüben können. Eine inklusive Schule leistet dazu einen wichtigen Beitrag: stärkt Zugehörigkeitsgefühl, Fortschritt in menschlicher, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung der Gesellschaft.

FDP: Menschen mit Behinderung müssen überall dabei sein können und sie dürfen nicht ausgeschlossen werden. Sie sollen selbst entscheiden können, wie sie leben möchten. Jedes Kind ist anders und alle sollen gemeinsam zur Schule gehen können, wenn sie das wollen. Aber auch Förderschulen sind wichtig, denn für manche Kinder sind Förderschulen besser. Eltern und Kinder sollen sich das aussuchen können, ob sie auf eine allgemeine oder eine Sonder- oder Förderschule gehen. Alle Menschen sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ein gemeinsamer Schulbesuch soll alle Kinder auf ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben vorbereiten.

Jaqueline: Ist gesichert, dass SchülerInnen von der Sonderschule auf einer Regelschule gleichberechtigt behandelt und gefördert werden?

Es gibt Schulen, die seit Jahren Erfahrungen sammeln konnten, dort klappt es gut. Allerdings gibt es auch Schulen, wo es noch nicht so gut klappt. Es gilt hier einen Erfahrungsaustausch unter den Schulen zu ermöglichen mit dem Ziel, dass alle SchülerInnen gleichberechtigt behandelt und gefördert werden.

Wichtig ist ein angemessener Umgang mit Stärken, Talenten, Kompetenzen und Potenzialen, aber auch im Umgang mit Problemen der einzelnen. Es werden deswegen verstärkt Sonderschulpädagogen an Regelschulen eingesetzt. Außerdem wird eine Richtlinie zur Konkretisierung der Bildungspläne (in Bezug auf Inklusion) für alle Formen der Regelschulen kommen.

Ziel ist es, dass alle Kinder gleichberechtigt behandelt und gefördert werden. Deshalb wird es an Regelschulen mehr Sonderpädagogen, Sozialpädagogen und Erzieher geben. Sie werden auf alle Grund- und Stadtteilschulen verteilt. Allerdings finden wir, dass es zu wenige zusätzliche Lehrer gibt.





Dr. Stefanie von Berg
Fraktion DIE GRÜNEN
Fachsprecherin für Frauen,
Gleichstellung, Schule, Berufsbildung



Lars Holster
SPD-Fraktion
Fachsprecher für Schule



Anna-Elisabeth von Treuenfels
FDP-Fraktion
Fachsprecherin für Bildung, Justiz
und Gleichstellung

Sören: Welche Regelungen bei der Leistungsbeurteilung sind geplant, ohne den Grundsatz der Gleichbehandlung zu verletzen oder diskriminierend zu sein?

Die Grünen stehen für Berichtszeugnisse für alle Kinder, weil in denen der Lern- und Leistungsprozess besser dokumentiert werden kann. Allerdings muss der Bericht für SchülerInnen sowie Eltern verständlich sein.

Die Leistungsbewertung ist ein Aspekt, der in den entsprechenden Fortbildungen für Lehrer/innen ausdrücklich thematisiert wird. Hier muss die Sensibilität von Lehrer/innen bei der Leistungsbeurteilung gestärkt werden.

Diese Regelungen erarbeitet die Schulbehörde, sie sind aber noch nicht fertig.

Sascha: Wie wird sichergestellt, auf die persönlichen Bedürfnisse der SchülerInnen einzugehen (Rollstuhl – Rampen nicht zu steil, Hilfsmittel jeder Art, Fluchtwege für Notfälle, Raumaufteilung entsprechend der Bedürfnisse, ...)?

Viele Schulen sind leider noch nicht entsprechend umgebaut, auch die Lärmdämmung ist noch nicht optimal. Es wird geplant, die Quadratmeterzahl pro SchülerIn neu zu bestimmen, um die Lern- und Lebensbedingung (u.a. Lärm und Licht) an den Schulen zu verbessern.

Baumaßnahmen werden an mehreren Schulen erforderlich sein. Zunächst werden die Schüler/innen unter Berücksichtigung des Elternwillens an den Regelschulen eingeteilt, die bereits geeignet und entsprechend ausgerüstet sind. Alle Mindestgrößen und barrierefreien Anforderungen werden beim Neu-, Aus-, Umbau von Schulen berücksichtigt.

An vielen Schulen gibt es schon lange Schüler mit Behinderung. Dort gibt es Rampen für Rollstühle, Aufzüge und extra Räume. Das ist aber noch nicht an allen Schulen so. Deshalb sollten zuerst die Schulen ausgewählt werden, die schon barrierefrei sind. Wenn Schulen neugebaut oder saniert und renoviert werden, sollen sie barrierefrei werden.

Marcel: Wie werden Therapien und Krankengymnastik vor Ort und eine sinnvolle Zeiteinteilung beim Unterrichtsablauf gesichert?

Dafür müssen die Schulen sorgen und Maßnahmen organisieren. In der Ganztagschule gibt es genügend Freiräume, um SchülerInnen nicht aus dem laufenden Unterricht reißen zu müssen.

Ein differenzierter Unterricht in Kleingruppen ist möglich und sinnvoll, um spezielle Bedürfnisse der Schüler/innen zu erfüllen. Dafür werden Sonderpädagogen / Erzieher / Sozialpädagogen entsprechend vor Ort eingesetzt.

Das sollen die Schulen selbst entscheiden – in Absprache mit allen Beteiligten: den Lehrern, Sonderpädagogen, Sozialpädagogen, Erziehern, Eltern, Therapeuten, Krankengymnasten und natürlich den Schülern.

Roul: Wie wird die Vermittlung von Fachwissen gesichert?

In der neuen Lernkultur, also dem modernen Unterricht, geht es nicht so sehr um die Vermittlung von Fachwissen. Dort geht es darum, dass sich alle Kinder gemeinsam Wissen und Können selbstständig aneignen. Die Lehrkraft begleitet die Kinder dabei. Nicht das Fachwissen steht im Vordergrund, sondern z. B. auch das Selbstständigsein, das friedliche, tolerante Miteinanderumgehen oder das Anwenden von Methoden.

Das Fachwissen vor Ort ist bzw. wird durch Sonderschulpädagogen, Erzieher, Sozialpädagogen und Lehrern gewährleistet. Sie sollen in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten. Hierzu werden Aus- und Fortbildungen für Lehrer/innen angeboten. Langfristig muss Inklusion eine wichtige Rolle in der Lehrerbildung spielen. Es wird ein Pflichtmodul „Inklusion“ als Bestandteil des Referendariats für alle neueingestellten Referendare und ein Pflichtbestandteil des Studiums für Studenten aller Schulformen geben.

Das ist die Aufgabe der Lehrer und der Sonderpädagogen. Schüler von Sonderschulen müssen Förderunterricht bekommen, wenn das notwendig ist.

Sascha: Werden zukünftig bei psychischen Erkrankungen Therapien angeboten, auf Emotionen der SchülerInnen reagiert und SonderpädagogInnen zur Verfügung stehen oder zusätzlich eingestellt?

Es ist selbstverständlich, dass Schulen auf die Verschiedenartigkeit der SchülerInnen und deren Schwierigkeiten reagieren. Alle haben das Recht, ernstgenommen zu werden. Leider wird es keine zusätzlichen Neueinstellungen geben, um die notwendige Hilfe vor Ort zu sichern. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass dies nachgeholt wird.

Ja, Sonderpädagogen stehen an Regelschulen zur Verfügung, im größeren Ausmaß als vorher. Es gibt einen Verteilungsschlüssel, der sich am Bedarf der Schüler/innen orientiert (Mehr Schüler mit Förderbedarf = Mehr Stellenzuweisung für Sonderpädagogen). Auch der KESS-Sozialfaktor spielt eine Rolle. Durch die Zusammenarbeit mit Sonderpädagogen ist eine gute Einschätzung der notwendigen Fördermaßnahmen für betreffende Schüler/innen gesichert. Diese bekommen dann die entsprechend notwendige Förderung.

Es gibt Sonderpädagogen an Regelschulen. Aber wir meinen, dass es zu wenige sind.

Roul: Wie werden zusätzlich Gelder für konkrete Fortbildungen (Geduld haben, Umgang mit Mobbing, Toleranz, mehr Zeit zum Lernen) für LehrerInnen und SchülerInnen zur Verfügung gestellt?

Es gibt eine Vielzahl von Fortbildungen, die häufig jedoch von den LehrerInnen wegen der steigenden Arbeitsbelastung nicht genutzt werden können. Die Grünen wünschen sich Geld für die Begleitung von (von allen) LehrerInnen im Unterricht als Fortbildung. Die Anregung, SchülerInnen in Fortbildungsangebote einzubinden, ist interessant und wird aufgegriffen.

Ja, es gibt gezielte Fortbildungen für Lehrer/innen. Die gesamte Schule / Unterricht wird sich durch Inklusion verändern, daher ist eine Fortbildung erforderlich. Bis Ende des Schuljahres 2013 / 2014 sollen alle Schulen die seit Schuljahr 2010 / 2011 (oder später neu) mit inklusiver Arbeit begonnen haben, Fortbildungen durch das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) erhalten. Das LI betreut und berät alle Schulen, die inklusiv arbeiten. Außerdem sollen Schulen, die Erfahrung mit integrativem Unterricht haben „neue“ Inklusionsschulen beraten.

Alle Lehrer müssen Fortbildungen zu verschiedenen Themen machen. Zurzeit ist der Schwerpunkt der Fortbildungen die Umsetzung der Inklusion.

Jaqueline: Wenn Sonder- und Förderschulen aufgelöst werden, was passiert mit den LehrerInnen?

Da die Grünen langfristig eine Schule für Alle wollen, werden irgendwann die bisherigen Sonder- und Förderschulen überflüssig sein. Die bisherigen SonderschullehrerInnen gehen mit den SchülerInnen an die neuen Schulen. Regionale Betreuungszentren werden zukünftig Maßnahmen sichern, die durch die Inklusion an Regelschulen nicht geleistet werden können und auch bei Bedarf SchülerInnen betreuen.

Einige Sonderschulen existieren weiterhin, da nicht alle Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule besuchen werden. Sonderschullehrer/innen werden an Regelschulen eingesetzt, um dort gezielt mit den betreffenden Schüler/innen zu arbeiten (in Zusammenarbeit mit anderen Kolleg/innen, Sozialpädagog/innen und Erzieher/innen).

Wenn Sonder- und Förderschulen aufgelöst werden, dann werden die Lehrer an anderen Schulen arbeiten. Nämlich an den Grundschulen und Stadtteilschulen, die auch die Schüler besuchen, die bisher auf eine Sonder- und Förderschule gegangen sind.

Sören: Warum können leistungsstärkere SchülerInnen keinen Schulabschluss an ihrer eigenen Sonderschule machen?

Dies ist unverständlich! Mit der Inklusion wird auf der Grundlage individueller Leistungen auch ein Schulabschluss möglich sein.

Sonderschulen bleiben ja erhalten, es ist nur ein Anspruch eine Regelschule besuchen zu dürfen, sie müssen es nicht. Sie können sich auch für Sonderschule entscheiden, gerade bei schweren Einschränkungen. Studien zeigen aber klar: In vielen Fällen ist die Chance auf einen guten / höher qualifizierten Abschluss an Regelschulen höher. Dort werden die Schüler/innen mit Förderbedarf noch besser in ihren Stärken gefördert und können ihre Stärken / Potenziale so besser ausschöpfen. Dies steigert die Chance auf einen Bildungserfolg.

Leistungsstarke Schüler sollen auch an Sonderschulen die Möglichkeit haben, einen Abschluss zu machen.

